Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs, Anholt: W. Wolfing, Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 49 | Dienstag, den 18. Februar 1930 | Jahrgang 1930

Verschärfung der innenpolitischen Situation.

Biersteuererhöhung um 75 Prozent?

Noch keine Aussicht auf finanzpolitische Einigung.

Von unserer Berliner Redaktion.

× Berlin, 17. Februar. (Drahtb.)

Die innerpolitische Gesamtsituation weist sichtbare Merkmale einer Verschärfung auf. Schuld an diesem Zustand ist nicht so sehr der Youngplan als vielmehr die beabsichtigte Finanzreform. Die Ausschußberatungen über den Youngplan, die heute Moratorium und Schutzklausel betrafen und auf Antrag Dr. Brünings vertraulich geführt wurden, gehen zwar auch nicht gerade lebhaft vorwärts. Obwohl der Plan keinen Veränderungen unterworfen werden kann, sind die Verhandlungen doch sehr schleppend. Es wird sogar in scharfer Weise von einer Sezierung des Youngplanes gesprochen, die sich auf jeden seiner Teile erstreckt. Auf keiner Seite ist große Lust an den Beratungen zu bemerken, die höchstwahrscheinlich noch die ganze Woche in Anspruch nehmen werden. Ueber die Einstellung der Ausschüsse zu dem Youngplan gibt eine Aeußerung Aufschluß, die am Montag eine bekannte politische Persönlichkeit gebraucht hat. Dieser Politiker sagt nämlich, in der gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und des Haushaltsausschusses sei etwas Wichtiges geschehen, man habe dort heute angedeutet, daß der Youngplan bereits seit vielen Monaten gedruckt vorliege. Ist diese Bemerkung auch etwas bissig, so trifft sie doch den wahren Sachverhalt.

Ohne Zweifel trägt zu der ganzen flauen Stimmung stark die Unsicherheit bei, die über der Regelung des Finanzproblems liegt. Es stellt sich immer mehr heraus, daß eine Annäherung unter den Regierungsparteien von Tag zu Tag schwieriger wird. Die Sozialdemokratische Partei ist weder mit den Vorschlägen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung noch mit den für die Gestaltung des Etats vorliegenden Plänen einverstanden. Man kann beinahe davon reden, daß die Verhandlungen über das Arbeitslosenversicherungsproblem ins Stocken geraten sind. Die sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien sollten nämlich am Montag mittag im Reichstag zusammentreten. Die Sitzung wurde aber abgesagt. Sie soll Dienstag mittag stattfinden. Die finanzpolitischen Sachverständigen traten zwar am Abend zu einer Beratung zusammen, aber zu einer Entscheidung kam es auch bei dieser Gelegenheit noch nicht. Der Reichsfinanzminister hat nur über die Verhandlungen mit den Finanzministern der Länder Bericht erstattet. Daraus ist von besonderem Interesse, welche Form der Biersteuer jetzt im Vordergrunde steht. Man denkt nun an ihre 75prozentige Erhöhung, wovon 50 Prozent dem Reich und 25 Prozent den Ländern zugute kommen sollen. Auf Antrag Bayerns soll die Verteilung unter den Ländern jedoch nach dem Maßstab des Aufkommens erfolgen, sodaß also die Länder, die den größten Teil der Steuer aufbringen, auch Anspruch auf die stärkste Quote bei der Verteilung haben. Nach der Sitzung des Ausschusses der Finanzsachverständigen ist abends 7 Uhr das Reichskabinett zusammengetreten, um seine Beratungen über den Etat zum Abschluß zu bringen.

Präsident Loebe hat die Plenarsitzung des Reichstages für Mittwoch abgesagt. Am Dienstag vormittag wird der Aeltestenrat des Reichstages über einen neuen Termin für die nächste Vollsitzung des Reichstages Beschluß fassen. Inbetracht kommen der nächste Freitag oder erst der Montag der nächsten Woche.

★

Sollmann über die finanzpolitische Lage.

♥ Köln, 17. Februar.

In einer Mitgliederversammlung der SPD. des Kreises Gummersbach sprach gestern Reichstagsabgeordneter Sollmann über die politische Lage. Er führte u. a. aus: Weder über die entscheidenden Positionen des Reichshaushaltsplanes für 1930/31 noch über die Deckungsfrage seien bisher auch nur Ansätze einer Einigung erzielt. Die Spannung im Reichskabinett und zwischen den Regierungsparteien dauere fort. In dieser Woche werde sich im Reichskabinett ein Kampf Moldenhauer gegen Wissel entspinnen, weil der Reichsfinanzminister stark an sozialpolitischen Ausgaben sparen wolle, der Reichsarbeitsminister dies aber nicht nur ablehne, sondern Erhöhungen einiger Positionen fordere. Der Vorschlag eines sogenannten Notopfers der Beamten stamme aus den Parteien der Mitte. Die finanziellen Auswirkungen eines Beamtennotopfers würden nach der Meinung der sozialdemokratischen Finanzsachverständigen überschätzt. In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion werde ein Zuschlag auf die Einkommensteuer aller Einkommen über 5000 oder 8000 Mark im Jahr erwogen. Dieser Zuschlag werde lohnender sein. Ein Steuerprogramm mit indirekten Steuern ohne entsprechende Belastung der höheren Einkommen und Vermögen sei für die Sozialdemokratie untragbar. Der hier und da geforderte Austritt aus der Reichsregierung sei kein Kunststück. Wichtiger und schwieriger sei es, sich in der Regierung durchzusetzen. Zeigten die bürgerlichen Regierungsparteien nicht das genügende Entgegenkommen, so müsse die Sozialdemokratie allerdings die letzten Folgerungen ziehen.

★

Sozialdemokratie und Arbeitslosenversicherung.

Q Berlin, 17. Februar.

In Berliner politischen Kreisen erregt die gestrige Stellungnahme des „Vorwärts" gegen die Reform der Arbeitslosenversicherung und die Gummersbacher Rede des Abgeordneten Sollmann naturgemäß lebhaftes Aufsehen. Man legt sich die Frage vor, ob damit das Ergebnis der bisherigen Einigungsbestrebungen zerschlagen ist. Von führender sozialdemokratischer Seite hören wir aber, daß die Auslassungen des „Vorwärts" keineswegs als Kampfansage aufzufassen sind. Die Sozialdemokratie ist nur besorgt darüber, daß die Arbeitslosenversicherung in ihrem Bestand vom Jahre 1932 an gefährdet werden könnte, wenn die Verselbständigung bis zur vollkommenen Entziehung der Reichsmittel durchgeführt werden sollte. Die Sozialdemokraten verlangen deshalb, daß auch weiter wenigstens eine begrenzte Summe in den Reichsetat eingestellt werde. Ueber die Höhe dieses Betrages würden die Parteien sich untereinander und mit dem Reichsfinanzminister verständigen müssen.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hielt heute eine Sitzung ab, um zu den Finanzplänen des Reichskabinetts Stellung zu nehmen. Die Besprechung wurde gegen Abend abgebrochen und wird morgen vormittag fortgesetzt werden.

Abschluß der deutsch-polnischen Roggenverhandlungen.

CNB Berlin, 17 Febr. Die Verhandlung über die gemeinsame Roggenausfuhr aus Deutschland und Polen sind weitergeführt worden und haben am 16. Februar zu einem Abschluß geführt.

Die Finanznot der Länder.

Ueber die am Samstag abgehaltene Konferenz der Finanzminister und Innenminister der Länder mit dem Reichsfinanzminister ist eine amtliche Mitteilung ausgegeben worden, die reichlich inhaltslos war. Es hieß darin lediglich, daß die Aufstellung der Haushalte in Reich, Ländern und Gemeinden und die Wege zur Deckung der Haushalte erörtert, die Möglichkeiten geregelter Anleihegebarung im Zusammenhang mit der Fortführung und dem Umbau der Beratungsstelle für Auslandskredite beraten und dabei Uebereinstimmung über die Aufrechterhaltung der Beratungsstelle bis zur Verabschiedung des Haushalts 1930 erzielt worden seien. Mit diesem Communiqué ist nicht allzuviel anzufangen. Positives wird darin nur über die Beratungsstelle für Auslandsanleihen gesagt. Diese hat bekanntlich sämtliche Auslandsanleihen der Länder und Kommunen zu bewilligen und ist mithin also keineswegs nur „Beratungsstelle", sondern auch Genehmigungsstelle. Mit dem 1. März sollte sie eigentlich ihre Tätigkeit einstellen. Die Wirksamkeit der Beratungsstelle wird aber in Uebereinstimmung mit den Länderregierungen verlängert werden. Wenn es in dem Communiqué heißt „bis zur Verabschiedung des Haushalts 1930", so bedeutet das praktisch mindestens bis in den frühen Sommer. Ob dann eine weitere Verlängerung angezeigt ist, wird sich aus der dann bestehenden allgemeinen Finanzlage ergeben. Nach der „Berliner Börsenzeitung" sollen die der Konferenz der Finanzminister vorgelegten Pläne auch die Einbeziehung der Inlandsanleihen unter die Kontrolle der Beratungsstelle vorsehen; auch soll die Einbeziehung der Anleihen von Betrieben der Kommunen geplant sein. Eine authentische Auskunft hierüber liegt aber zur Stunde noch nicht vor.

Wie sich die Länder zu den Steuerplänen verhalten, ist amtlich bislang nicht verraten worden. Wenn wir aber recht unterrichtet sind, ist die Umsatzsteuererhöhung auf allgemeine Ablehnung gestoßen. Die Minister der Länder sollen durchweg den Standpunkt vertreten haben, daß eine Erhöhung der Umsatzsteuer in der heutigen Zeit wirtschaftlicher Depression volkswirtschaftlich so schädlich sei, daß sie abgelehnt werden müsse, auch wenn die Länder sich damit selbst gewisser Mehreinnahmen berauben. Die Biersteuererhöhung hat Zustimmung gefunden, Bayern freilich dürfte sich dabei ablehnend verhalten haben, obwohl es eine besonders große Zuweisung aus dieser Steuer erhalten soll.

Man hat mit den Finanzministern der Länder, wie wir weiter hören, auch den Plan erörtert, im Finanzausgleichsgesetz festzulegen, daß die Länder das Aufkommen aus der Hauszinssteuer in einem gewissen größeren Ausmaß für allgemeine Finanzzwecke verwenden dürfen. Damit soll im Finanzausgleich selbst der Finanzbedarf der Länder seine Anerkennung finden. An sich ist die Hauszinssteuer eine reine Länderangelegenheit, aber diejenigen Länder, die bisher die Hauszinssteuer überwiegend für den Wohnungsbau nutzbar gemacht haben, können doch gegenüber ihrer Oeffentlichkeit eine Verwertung größerer Hauszinssteuermittel für allgemeine Finanzzwecke leichter verteidigen, wenn diese Methode auf reichsgesetzliche Bestimmungen zurückzuführen ist. Preußen hat mit einem Hauszinssteueraufkommen von einer Milliarde 1929 600 Millionen Mark für den Wohnungsbau ausgegeben. Bayern hat von seinen Hauszinssteuermitteln lediglich ein Drittel verbaut, den Rest aber für allgemeine Finanzzwecke verwendet. Das Verfahren der übrigen Länder weicht ebenfalls erheblich voneinander ab. Wenn Preußen in Zukunft statt 60 nur 50 Prozent der Hauszinssteuermittel für den Wohnungsbau ausgeben würde, wäre sofort das preußische Defizit gedeckt. Preußen hat bekanntlich ein notdürftig verschleiertes Defizit von 80 Millionen Mark. Formell ist, wie erinnerlich sein wird, der Etat ausgeglichen, aber nur dadurch, daß einfach 80 Millionen mehr Einnahmen aus Reichssteuerüberweisungen eingesetzt worden sind. Diese Mehreinnahmen werden aber tatsächlich nicht eingehen.

Die französische Regierung zurückgetreten.

Ueber das Finanzgesetz gestürzt.

)(Paris, 17. Febr. **Die französische Regierung ist nach der zu ihren Ungunsten ausgefallenen Abstimmung in der Kammer zurückgetreten. Ministerpräsident Tardieu, der durch Krankheit ans Bett gefesselt ist, hat den Finanzminister beauftragt, noch im Laufe des heutigen Abends dem Präsidenten der Republik schriftlich den Rücktritt der Regierung zu unterbreiten, um eine klare politische Lage zu schaffen.**

★

Die französische Kammer nahm am Montag nachmittag die Beratungen der Artikel des Finanzgesetzes wieder auf und beschäftigte sich zunächst mit den Artikeln, die am Sonnabend zurückgestellt werden mußten, da die hierfür vorgesehenen Redner nicht anwesend waren. Es handelt sich hierbei besonders um Artikel 2, der eine Herabsetzung der Grundsteuer für unbebaute Grundstücke von 18 auf 16 v. H. vorsieht und für den Staat einen Steuerausfall von etwa 50 Millionen Franken bedeuten würde. Finanzminister Chéron verlangte zunächst die Abtrennung des Artikels, sah sich aber gegenüber der Hartnäckigkeit der Kammermehrheit gezwungen, im Namen des Ministerpräsidenten Tardieu die Vertrauensfrage zu stellen. Mit 290 gegen 270 Stimmen wurde der Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Dieses Ergebnis der Abstimmung bewies schon, daß die Lage der Regierung in den mit dem Finanzgesetz zusammenhängenden Fragen alles weniger als günstig war. Die Mehrheit von nur 20 Stimmen war in erster Linie den 23 Ministern zuzuschreiben, die naturgemäß für die Regierung stimmten. Die große Mehrheit von 60 bis 70 Stimmen, die die Regierung Tardieu bisher bei fast allen Vertrauensfragen erzielte, war also fast auf 0 zusammengeschrumpft.

Nach der ersten Abstimmung ging man zu der Beratung des Artikels 3b über, in dem die Einstellung der nachträglichen Einziehung derjenigen Industriegewinnsteuern gefordert wird, die noch rückständig sind. Finanzminister Chéron betonte, daß er auf diese Summen nicht verzichten könne und verlangte die Abtrennung des Artikels. Bei der Abstimmung wurde jedoch mit großer Mehrheit durch Händeaufheben für den Artikel gestimmt. Ein weiterer Artikel behandelte die Steuererklärungen der Kaufleute. Der Finanzausschuß verlangte, daß der selbständige Kaufmann, dessen Frau mit im Geschäft tätig ist, ein entsprechendes Gehalt für diese Mitarbeit auf Unkostenkonto buchen und von der Steuererklärung abziehen kann. Finanzminister Chéron, der bei der Abstimmung der vorhergehenden Artikel geschlagen worden war, stellte wieder die Vertrauensfrage. Um einer Entziehung des Vertrauens vorzubeugen, betonte der Finanzminister, daß die Aussprache nunmehr auf das Gebiet der allgemeinen Politik übergegangen sei. Er wandte sich an die Regierungsmehrheit und forderte sie zur Unterstützung der Regierung auf. Einen Artikel vom Gesamtgesetz abtrennen, hieße nicht, ihn zurückweisen. Die Kammer schritt darauf zur Abstimmung über die Vertrauensfrage. Bei der ersten gewöhnlichen Abstimmung ergab sich Stimmengleichheit, so daß nunmehr zur namentlichen Abstimmung geschritten wurde, die Chéron das Vertrauen verweigerte. Die Regierung blieb mit 281 gegen 286 Stimmen in der Minderheit.

★

Das Demissionsschreiben.

● Paris, 17. Febr. Die Mitglieder des Kabinetts haben nach der Abstimmung in der Kammer eine kurze Beratung im Kammergebäude abgehalten und sich daraufhin zum Ministerpräsidenten Tardieu, der bekanntlich das Bett hüten muß, begeben, um ihn von dieser Abstimmung in Kenntnis zu setzen und im Einvernehmen mit ihm das Demissionsschreiben abzufassen. Dieses Schreiben wird wahrscheinlich im Verlaufe des Abends dem Präsidenten der Republik übergeben werden. Die Kabinettsmitglieder werden um 20,45 Uhr französischer Zeit von Tardieu empfangen.

Der deutschnationale Besuch bei Hindenburg.

Scholz und Brüning wurden schon vorher empfangen.

)!(Berlin, 17. Febr. Wie wir erfahren, empfing der Reichspräsident heute mittag den Vorsitzenden der Deutschnationalen Partei, Geheimrat Hugenberg und den Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren. Die Herren hatten bekanntlich die Absicht, den Reichspräsidenten persönlich über die deutschnationale Auffassung zum Youngplan und zum Polenabkommen zu unterrichten. Staatssekretär Meißner wohnte der Unterredung bei. Von unterrichteter Seite verlautet, daß der Reichspräsident Ende voriger Woche bereits den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz, und den Führer der Reichstagsfraktion des Zentrums, Dr. Brüning, empfangen hat.

★

Angehört, aber nicht zugestimmt.

O Berlin, 17. Febr. Ueber den Besuch von Geheimrat Hugenberg und Dr. Oberfohren beim Reichspräsidenten wird mitgeteilt, daß die beiden Herren ihre Auffassung über die mit dem Youngplan zusammenhängenden Probleme vortrugen und insbesondere ihre Bedenken hinsichtlich des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens, der Sanktionsfrage und der Nichterledigung der Saarfrage, sowie der Untragbarkeit der dem deutschen Volke aus dem Youngplan erwachsenden Lasten darlegten. Der Reichstagspräsident hat, wie es in der Mitteilung weiter heißt, diese Ausführungen mit Aufmerksamkeit entgegengenommen und erklärt, sich seine persönlichen Entschließungen bis nach Beendigung der Beratungen und der Beschlußfassung des Reichstages vorbehalten zu müssen.

★

Keine weiteren Empfänge.

O Berlin, 17. Febr. Wie zu dem heutigen Empfang der deutschnationalen Parteiführer Hugenberg und Dr. Oberfohren beim Reichspräsidenten mitgeteilt wird, ist an zuständiger Stelle nichts bekannt, daß weitere Empfänge von Parteivertretern beim Reichspräsidenten vorgesehen seien.

20 Menschen beim Fischen eingebrochen.

Neun Todesopfer.

:!: Memel, 17. Febr. **Ein schweres Unglück hat sich gestern auf dem Plateliai-See, etwa 30 Kilometer von Litauisch-Krottingen, ereignet. Am frühen Morgen war eine Anzahl Fischer aus Plateliai und Umgegend mit Schlitten auf den See hinausgefahren, um zu fischen. Nachmittags kehrten zwei Schlitten, die aneinandergebunden waren und von einem Pferd gezogen wurden, über das Eis zurück. Auf den beiden Schlitten befanden sich insgesamt 20 Personen. In der Mitte des Sees brach der erste Schlitten ein und riß den zweiten mit sich in die Tiefe. Mit großer Mühe gelang es einem der Fischer, sich zu retten und auch noch einen zweiten aus dem Wasser zu ziehen, der aus dem nächsten Dorf Hilfe holte. Insgesamt konnten 11 Personen gerettet werden. Acht Männer und eine Frau sind ertrunken.**

Zu diesem Defizit kommt noch ein weiteres Defizit von 12 Millionen hinzu, das dadurch entsteht, daß der Reichstag im Dezember v. J. kurz vor seinem Auseinandergehen beschlossen hat, daß die Zinsen von Hauszinssteuerhypotheken nicht für den allgemeinen Finanzbedarf, sondern nur wieder für den Wohnungsbau verwendet werden dürfen. Es ist dies einer jener typischen Reichstagsbeschlüsse, die ohne irgend welche Rücksichtnahme auf die Finanzen der Länder gefaßt werden. Preußen hat in seinen Etat 12 Millionen Mark Einnahmen aus den Zinsen für Hauszinssteuerhypotheken eingesetzt, und soll sie nun nicht für seinen allgemeinen Finanzbedarf verwenden dürfen. Das preußische Defizit steigt damit von 80 auf 92 Millionen Mark. Würden also weitere 100 Millionen Mark aus dem Hauszinssteueraufkommen nicht für Bauzwecke verwandt, so würde der preußische Etat völlig ausgeglichen sein.

Wie aber wird sich die Lage auf dem Baumarkt gestalten, wenn ihm systematisch die öffentlichen Mittel entzogen werden? Denn die Mittel für den Wohnungsbau sind bereits durch zwei Maßnahmen stark verknappt. Einmal haben die Städte durch ihre Entschuldungsaktion im größeren Umfange Mittel der Sparkassen für die Konsolidierung ihrer schwebenden Schuld in Anspruch genommen, und dann sollen ja nun die Invaliden- und die Angestelltenversicherung einen hohen Betrag der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung stellen. Kommt nun ein weiterer Abzug von den für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Hauszinssteuermitteln hinzu, so würde von drei Seiten her eine Beeinträchtigung des Kapitalmarktes für den Baumarkt eintreten. Darum muß dieser Hauszinssteuerplan stärkste Bedenken hervorrufen, zumal wenn er gleichzeitig mit der Heranziehung der Angestellten- und der Invalidenversicherung für die Beseitigung der Kassenschwierigkeiten der Arbeitslosenversicherung durchgeführt werden soll. Das letzte Wort über diese den Baumarkt stark angehenden Fragen ist aber noch nicht gesprochen, wie ja überhaupt das ganze Finanzprogramm noch sehr umstritten ist.

Alles in allem war das finanzpolitische Bild, das die Länderkonferenz ergab, recht unerfreulich. Schon in der vergangenen Woche wurde von uns der zusätzliche Finanzbedarf der Länder mit 400 Millionen Mark angegeben. Ueberall hat man nur leeren Kassen und keine Mittel, wie sie gefällt werden können. Braunschweig, Schaumburg-Lippe und Mecklenburg-Strelitz bemühen sich deshalb schon darum, Teile Preußens zu werden. Das erstgenannte Land hat für 1930 ein Defizit von 5,6 Millionen Mark. Würde nun noch der § 35 des Finanzausgleichsgesetzes aufgehoben, so würden die meisten deutschen Länder am Ende ihrer Kraft sein. Denn dieser Paragraph gewährleistet den Ländern Zuschüsse zu den Rücküberweisungen aus der Einkommensteuer, falls das Aufkommen in den Ländern den Reichsdurchschnitt nicht erreicht, mit anderen Worten: auf Grund des § 35 können mit allgemeinen Reichsmitteln leistungsschwache Länder ihr Leben weiter fristen. Zu diesen gehört bekanntlich auch das zweitgrößte deutsche Land Bayern. Es ist klar, daß vorläufig an eine Streichung des § 35 nicht zu denken ist. Der Reichsrat würde sich bestimmt dagegen mit starker Mehrheit aussprechen. Erst bei einer völligen Neuordnung des Finanzausgleichs wird die Frage der Unterstützung leistungsschwacher Länder eine neue grundsätzliche Regelung finden können. Das einzige deutsche Land, das sich in einer sehr guten finanziellen Position befindet, ist Württemberg. Dort hat man sogar noch einen Betriebsmittelfonds. Sonst aber sieht es überall faul aus. Und diese Tatsache ruft erneut die Notwendigkeit der Reichs- und Verwaltungsreform vor Augen. Im bisherigen Stile geht es einfach nicht mehr weiter. Wir wünschen nicht die finanzielle Unterhöhlung der Länder, aber eine Gesundung der Länderfinanzen ist ohne jene Reform nicht möglich. Darum werden die Verhandlungen um die Finanzreform nicht zum Abschluß gebracht werden können, ohne daß die versandeten Verhandlungen über die Reichsreform erneut in Fluß gebracht werden.

Das preußische Landeswahlgesetz nicht verfassungswidrig.

Zurückweisung der Anträge der Splitterparteien.

Leipzig, 17. Februar.

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat am Montag mittag folgenden Spruch verkündet:

„In dem verfassungsrechtlichen Streitverfahren zwischen dem Völkisch-Nationalen Block und der Volksrechtpartei im Preußischen Landtag gegen das Land Preußen wegen Verfassungswidrigkeit von Bestimmungen des preußischen Landeswahlgesetzes ist der Staatsgerichtshof zu folgendem Spruch gekommen: Die Anträge werden zurückgewiesen.

Die Begründung des Urteils ergab zunächst die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs sowie die Aktivlegitimation der klagenden Parteien. Der von den klagenden Parteien dem Staatsgerichtshof unterbreitete Streit sei eine Verfassungsstreitigkeit innerhalb eines Landes im Sinne von Artikel 19 der Reichsverfassung. Zur Entscheidung sei der Staatsgerichtshof berufen, da kein anderes Gericht des Reiches oder des Landes Preußen dafür zuständig sei. Zur Sache selbst wurde im wesentlichen gesagt:

Der Wahlvorschlag, den die Volksrechtpartei zu den Wahlen vom 20. Mai 1928 eingereicht hat, trägt die Nummer 16. Die Zuteilung von Sitzen an sie ist durch die Vorschrift des § 32 Abs. 2 des preußischen Landeswahlgesetzes beeinflußt worden. Eine Verfassungswidrigkeit dieser Beschränkung geltend zu machen, ist die Partei somit befugt. Die Entscheidung in der Sache selbst war deshalb zugunsten der Antragsteller ausgefallen, weil die von ihnen mit dem Grundsatz der Gleichheit unvereinbar und daher als verfassungswidrig bezeichneten Vorschriften des preußischen Landeswahlgesetzes nicht mit den entsprechenden Vorschriften des Reichswahlgesetzes genau übereinstimmen. Dieses ist aber als verfassungsmäßig zustandegekommen anzuerkennen. Nach Artikel 22 Abs. 1 der Reichsverfassung werden die Abgeordneten sowohl zum Reichstag wie zu den Volksvertretungen der Länder in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Die Abweichung vom Gleichheitssatze findet ihre verfassungsrechtlich ausreichende und daher vom Staatsgerichtshof zu achtende Grundlage in Abs. 2 des Artikels 22 der Reichsverfassung, nach dem das Reichswahlgesetz „das Nähere" bestimmt. Eine starre Bindung des künftigen Wahlgesetzgebers, einzelne dieser Grundsätze bis zur letzten Konsequenz durchzuführen, kann die Verfassung nicht bezweckt haben. Dies gilt auch von dem Grundsatz der Wahlgleichheit. Es handelt sich hierbei nicht um einen logisch-mathematischen, sondern um einen Rechtsbegriff. Gleichheit und Ungleichheit sind daher hier keine sich ausschließenden Gegensätze, sondern Abstufungen und Uebergänge sind möglich und denkbar. Den Entschließungen des ordentlichen Gesetzgebers kann der Staatsgerichtshof nur dann entgegentreten, wenn sie offensichtlich der inneren Rechtfertigung entbehren und wenn von ihnen deshalb mit Sicherheit gesagt werden kann, daß sie gegen den im Absatz 1 des Artikels 22 der Reichsverfassung zum Ausdruck gelangten Willen des Verfassungsgesetzgebers zuwiderlaufen. Die streitigen Bestimmungen haben ihre Grundlage in der Erwägung, daß eine gewisse Zurückdrängung der kleinen Parteien erforderlich und die Bildung einer parlamentarischen Regierung nicht übermäßig zu erschweren ist. Diese Erwägung vermag der Staatsgerichtshof nicht als unerheblich zu bezeichnen.

Die umstrittenen preußischen Wahlrechtsvorschriften, heißt es in der Urteilsbegründung zum Schluß, stimmen genau überein mit den entsprechenden des Reichswahlgesetzes. Sind diese aber verfassungsmäßig anzuerkennen, so muß das gleiche für die preußischen Bestimmungen gelten.

★

Das Urteil des Staatsgerichtshofes in diesem Wahlrechtsstreit ist für die parlamentarischen Verhältnisse in Preußen von erheblicher Bedeutung. Denn die Zurückweisung der Anträge der klagenden Parteien läßt der Regierungskoalition ihre bisherige Stärke, während sie andernfalls die Mehrheit im Landtag verloren hätte, da dann an andere Parteien Mandate hätten abgetreten werden müssen.

Die Befürchtung, daß das Urteil für die Regierung ungünstig ausfallen könnte, hat bekanntlich bei den letzten Verhandlungen über den Eintritt der Deutschen Volkspartei in das Kabinett Braun erheblich mitgespielt. Wenn sich bei diesen Verhandlungen die volksparteiliche Landtagsfraktion in ihrer Mehrheit als sehr intransigent erwies, so sprach dabei sicher die Erwartung mit, daß das Urteil des Staatsgerichtshofs ähnlich ausfallen würde wie in der kurz zuvor verhandelten württembergischen Streitsache und daß dann die Regierungsparteien zu neuen Koalitionsverhandlungen mit der Deutschen Volkspartei gezwungen sein würden, wobei nach Lage der Dinge für diese vermutlich mehr herausgeholt werden könnte als die letzthin angebotenen Posten des Handelsministers und eines Ministers ohne Portefeuille. Die württembergische Sache lag aber doch etwas anders. Und die volksparteilichen Kreise, die sich darauf verlassen haben, haben falsch getippt und tatsächlich der Deutschen Volkspartei die Rückkehr in die Regierung auf absehbare Zeit versperrt. Denn daß nunmehr in der Gewißheit der Bestandssicherung die preußischen Regierungsparteien keine Neigung mehr verspüren, die Deutsche Volkspartei in ihren Kreis aufzunehmen, liegt auf der Hand. Die Erfahrung der letzten sechs Jahre hat ja gelehrt, daß die Mehrheit des Kabinetts Braun im Landtag, wenn sie auch nur gering ist, vollkommen zur Schaffung und Erhaltung stabiler Verhältnisse genügt.

★

Ein württembergischer Verfassungsstreit.

Haben Mißtrauensanträge mit 40 Stimmen dafür, 37 dagegen und 3 Stimmenthaltungen als abgelehnt zu gelten? — Darf ein Minister bei einem Mißtrauensantrag gegen ihn selbst mitstimmen?

:: Leipzig, 17. Febr. Vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich begann am Montag unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke die Verhandlung über die Klage der Fraktion der sozialdemokratischen Partei im württembergischen Landtag gegen das Land Württemberg und den württembergischen Landtag auf Feststellung, daß die seit dem 8. Juni 1928 bestehende Regierung Dr. Bolz auf verfassungswidrige Weise bestellt und widerrechtlich im Amt sei. Es handelt sich darum, daß bei verschiedenen Abstimmungen über Mißtrauensanträge 40 Ja-Stimmen eine ebenso große Anzahl von Nein-Stimmen und Stimmenthaltungen (37 + 3) gegenüberstand. Bei allen Abstimmungen hatte Kultusminister Dr. Bazille, der bekanntlich die umstrittene Persönlichkeit in dem Kabinett Bolz ist, als Abgeordneter mitgestimmt, sodaß Annahme oder Ablehnung der Anträge von seiner Stimme abhängig war. Diese Stimmabgabe bei einem gegen ihn selbst gerichteten Antrage verstoße gegen die guten Sitten und sei nichtig. Die württembergische Regierung bestreitet die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich und macht außerdem geltend, es sei in Württemberg feste Staatspraxis, daß die Regierung solange im Amte bleibe, bis ein von den Regierung gestellter Vertrauensantrag abgelehnt oder ein Mißtrauensantrag der Opposition angenommen sei. Eines formellen Vertrauensvotums bedürfe sie nicht. Zudem habe die ganze Streitfrage nur noch historisches Interesse, da seit dem 10. Januar nach dem Eintritt der Deutschen Volkspartei und der Demokraten in die Regierung, diese mit 47 von 80 Mandaten, eine feste Mehrheit habe.

Termin zur Verkündung des Urteils ist auf Dienstag vormittag 9 Uhr angesetzt.

Konkordat und sozialdemokratischer Kultusminister.

Eine Erklärung des Abg. Dr. Heß.

Von unserer Berliner Redaktion.

:: Berlin, 17. Februar (Drahtb.).

Vom Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des preußischen Landtags Dr. Heß geht uns folgende Erklärung zu:

„Nach Rückkehr von einer Reise werde ich darauf aufmerksam gemacht, daß an verschiedenen Stellen, teils die Vermutung, teils die direkte Behauptung aufgestellt worden ist, daß zwischen der Besetzung des preußischen Kultusministeriums mit einem Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und der Zustimmung der Sozialdemokratie zum Konkordat ein Zusammenhang bestände. Demgegenüber wird hiermit folgendes erklärt:

In keinem Augenblick und in keinem Punkt der Verhandlungen über das Konkordat ist von einer Verquickung von Personalangelegenheiten mit dem Konkordat zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie die Rede gewesen. Die Verhandlungen über das Konkordat sind in absoluter Sachlichkeit und ohne Zusammenhang mit irgendeiner anderen Frage geführt worden. Die Sozialdemokratie hatte von irgendeiner Kompensation für ihr Zugeständnis zum Konkordat gesprochen oder auch eine solche nur angedeutet. Das gilt sowohl für die Kandidatur König wie für den vom Ministerpräsidenten ernannten Kultusminister Grimme. Wenn die Zentrumsfraktion sich mit einem sozialdemokratischen Kultusminister abfindet, so steht sie dabei nicht unter einem Druck von irgendwelchen Bindungen oder Zugeständnissen in Auswirkung des Konkordates. Sie tut das einzig und allein aus staatspolitischen Erwägungen ganz allgemeiner Art. Daß der Sozialdemokratie auf Grund ihrer fraktionsmäßigen Stärke mindestens noch ein Ministerium zustand, ist unbestritten. Nach Lage der Sache kam im Augenblick ein anderes Ministerium als das Kultusministerium nicht in Frage. Hätte das Zentrum sich unter diesen Umständen gegen die Besetzung des Kultusministeriums durch einen Sozialdemokraten ausgesprochen, so wäre das gleichbedeutend damit gewesen, daß ein bestimmtes Ministerium einer bestimmten politischen Partei grundsätzlich aberkannt werden sollte. Das ist in einem parlamentarisch regierten Staat eine parlamentarische Unmöglichkeit. Im vorliegenden Fall wäre dadurch eine Regierungskrise in Preußen und damit unabsehbare Komplikationen für das Reich in unmittelbare Nähe gerückt worden, eine für Deutschland in seiner gegenwärtigen Lage vollkommen unerträgliche Gesamtsituation! Aus dieser klaren und einfachen Sachlage ergibt sich ganz von selbst, welchen Weg das Zentrum in Preußen zwangsläufig zu gehen hatte."

Die Torpedierung der Flottenkonferenz.

Aufrüstung statt Abrüstung.

Sehr ernste Stimmung.

• **London**, 17. Febr. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt: Die amerikanische und die britische Delegation sind infolge der französischen Forderung in sehr ernster Stimmung. Es wird jetzt bekannt, daß bei der Zusammenkunft der Führer der drei Delegationen am Freitag die britischen Minister und ihre Washingtoner Kollegen vergebens eine Zusicherung von Tardieu zu erlangen suchten, daß die hohen Zahlen der französischen Denkschrift im kaufmännischen Sinne gemeint waren. Staatssekretär Stimson soll aus seiner Ungeduld keinen Hehl gemacht und

das Konferenzzimmer verlassen

haben, bevor die Besprechung zu Ende war. Der Korrespondent hält es für ausgeschlossen, daß Macdonald die von Stimson vorgeschlagenen Zahlen annehmen könne, wenn die französische Forderung aufrechterhalten bleibt. In einem Leitartikel bemerkt der „Daily Telegraph" hierzu: Wenn der französische Bauplan nicht wesentlich abgeändert wird, dann muß unser eigenes Bauprogramm nach obenhin revidiert werden. Macdonald steht im Verdacht, daß er um jeden Preis eine Vereinbarung erzielen will, die eine weitgehende Verminderung unserer bereits gefährlich geschwächten Seemacht bewirken würde. Bei der Vorsorge für die Sicherheit des britischen Reiches ist es aber unzweifelhaft die Pflicht der Regierung, sich nicht von ihren Wünschen, sondern durch die Tatsachen leiten zu lassen. Sie wird zu dieser, ihrer Pflicht, angehalten werden durch die öffentliche Meinung der Nation, mit der sie sich nicht in Widerspruch setzen kann, ohne Selbstmord zu begehen. Die liberale „Daily News" sagt in einem Leitartikel: Frankreich hat seine Absicht angekündigt, mehr Schlachtschiffe zu bauen, um ein Gegengewicht gegen die „Ersatz Preußen" zu haben.

Das deutsche Westentaschenpanzerschiff hat die französischen Staatsminister nahezu toll vor Angst gemacht.

Das bedeutet nicht mehr, als daß die anderen Seemächte, Amerika eingeschlossen, dem Beispiel folgen werden und zwar „im geheiligten Namen der Parität". Es würde eine furchtbare Katastrophe sein, wenn die Konferenz, die dazu einberufen wurde, die Seerüstungen einzuschränken, tatsächlich zum Bau größerer Flotten führen würde. Das Blatt fragt: Hat niemand genügend Mut oder genügenden staatsmännischen Sinn, um den Ausweg zu zeigen, nämlich Deutschland mit zu Rate zu ziehen und die sofortige Abschaffung aller großen Schlachtschiffe und die Begrenzung der Tonnage der größten Schiffe auf etwa 10 000 Tonnen vorzuschlagen?

★

Imperialismus im Gewande des Pazifismus.

)(**Rom**, 16. Febr. Zur Londoner Flottenkonferenz schreibt „Tevere". Im Zusammenhang mit den unglaublichen französischen Forderungen, die in London vorgebracht wurden, erscheint in der französischen Presse der Vorschlag eines Mittelmeer-Locarno. Dieser Vorschlag ist vorderhand nur journalistischer Natur und reiht sich vollkommen der nunmehr schon traditionellen französischen ein, nämlich Imperialismus im Gewande des Pazifismus zu betreiben. Das Blatt erklärt, daß sich niemand mehr von derartigen Duseleien einfangen lassen dürfe, und fragt, was Briand im Kabinett Tardieu mache. Er stellte nur ein pazifistisches Alibi für eine imperialistische Politik dar. Zum französischen Vorschlag der 720 000 Tonnen schreibt „Tribuna" in einem Leitartikel: Mit dieser Kundgebung, die nur von einigen heuchlerischen Ziffern verschleiert wird, setzt Frankreich seine grundsätzliche Politik der Nachkriegszeit fort, die, was Italien betrifft, eine Politik des hartnäckigen Abbaus der Kriegsbündnisse darstellt. Diese Politik bleibt unter allen Regierungen energisch und aggressiv. Das Blatt schließt, daß nur das faschistische Italien mit dem aufrichtigen Vorsatz nach London gegangen sei, die Rüstungen einzuschränken.

★

Vor dem Abschluß des Drei-Mächte-Abkommens.

× **London**, 17. Febr. Die englisch-japanischen Verhandlungen zielen darauf ab, die einem Drei-Mächte-Abkommen noch entgegenstehenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Die Aussichten für ein Fünf-Mächte-Abkommen werden auf Grund der französischen Haltung nunmehr als so verschwindend gering angesehen, daß alle Anstrengungen gemacht werden, zwischen den Hauptflottenmächten eine Einigung herbeizuführen. Die auf englischer Seite noch bestehenden Schwierigkeiten gehen nicht von der britischen Regierung, sondern von zwei der Dominions aus. Trotz der von den Japanern zu erkennen gegebenen Abneigung gegen ein Drei-Mächte-Abkommen ist man nun überzeugt, daß ihre Bereitwilligkeit zu einem solchen Vertrag nur eine Frage von Zugeständnissen ist. Eine weitere nun in den Vordergrund getretene Tendenz geht dahin, auf Grund eines Drei-Mächte-Abkommens später in Genf auf Frankreich einen gemeinsamen Druck auszuüben, um so die heute offensichtlich unmöglichen Zugeständnisse von Frankreich zu erzwingen.

★

Keine Zuziehung Deutschlands.

× **London**, 17. Febr. Die Sachverständigen der Seeabrüstungskonferenz prüften heute die Frage der Großkampfschiffe, ohne jedoch zu einer Entscheidung zu gelangen. Um 5 Uhr nachmittags gingen sie auseinander. In zuständigen britischen Kreisen wird die Meldung, daß die Zuziehung Deutschlands wegen des „Westentaschenpanzerschiffes" geplant werde, kategorisch dementiert. (Deutschland hat in London auch gar nichts zu suchen, da bei ihm eine weitere Abrüstung nicht in Betracht kommt).

Bevorstehendes Ultimatum Gandhis an den Vizekönig.

:: **London**, 17. Febr. Wie aus Ahmedabad berichtet wird, sind die Mitglieder des Arbeitsausschusses des Allindischen Kongresses, der Gandhi am Freitag diktatorische Vollmachten verliehen hat, auf seinen Wunsch in seinem Hauptquartier verblieben. Gandhi beabsichtigt, während der nächsten Tage endgültige Weisungen für die zu unternehmende Aktion zu erteilen. Es heißt, heute werde er ein Ultimatum an den Vizekönig entwerfen. Der erste Schritt dürfte sich gegen das Salzmonopol der Regierung richten. Agitatoren sind bereits in die Gebiete abgegangen, wo sich Salzbergwerke und Salzfabriken der Regierung befinden.

Schwerer Zugzusammenstoß in Schottland.

70 Tote und Verletzte.

)(**London**, 17. Febr. Bei Ruther Glen in der Nähe von Glasgow hat sich heute abend ein folgenschweres Eisenbahnunglück ereignet. In dem dichten Nebel, der über der Gegend lag, ist ein Zug auf einen Vorzug aufgefahren. Nach Mitteilungen der an den Bergungsarbeiten Beteiligten wurden etwa 70 Fahrgäste unter den Trümmern der zerstörten Wagen begraben und verletzt. Die Verwundeten wurden so schnell wie möglich teils durch Kraftwagen, teils in einem Sonderzug in die benachbarten Krankenhäuser geschafft. Weitere Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Die Kältewelle im Osten der U. S. A.

:: **Newyork**, 17. Febr. Die ungewöhnliche Kältewelle in den Oststaaten dauert vielfach unvermindert an. Die Kälte verursacht viele Leiden. Die Schiffahrt wird durch die Stürme stark behindert. Aus Neu-England, wo Temperaturen von 22 bis 34 Grad unter Null gemessen wurden, werden 10 Todesfälle gemeldet; in Sarac-Lake im Staate Newyork herrschen 37 Grad, in Tupper-Lake im Staate Newyork 40 Grad unter Null. Aus Capeman im Staate New-Jersey wird gemeldet, daß vier Mann von der Besatzung eines im Sturm untergegangenen Kohlenschiffes in dem treibenden Rettungsboot erfroren aufgefunden sind, nachdem die ganze Nacht nach ihnen gesucht worden war.

Kälteeinbruch in der Schweiz.

× **Basel**, 17. Febr. In der Schweiz ist seit Sonntag ein empfindlicher Temperatursturz eingetreten. Die ganze Nord- und Westschweiz ist mit einer 20 bis 25 cm hohen Schneedecke bedeckt. Während im Berliner Oberland die Temperatur bis auf etwa 9 Grad und im Engadin bis auf 11 und 12 Grad unter Null gesunken ist, verzeichnen die Höhen eine Temperatur von 18 Grad unter Null. Der Alpensüdfuß ist zwar gegenwärtig noch schneefrei, aber auch hier ist ein Temperatursturz und eine stärkere Bewölkung festzustellen.

Vermischte Nachrichten.

Strandung eines amerikanischen Küstendampfers.

:: **Astoria** (Oregon), 17. Febr. Der Küstendampfer „Admiral Benson" ist an der Mündung des „Columbia-Flusses auf eine Sandbank aufgelaufen. Unter den Passagieren, die gerade in den Gesellschaftsräumen tanzten und von denen viele infolge des starken Stoßes zu Boden stürzten, entstand zunächst eine beträchtliche Panik. Ein Küstenkutter, der durch Funkspruch zu Hilfe gerufen wurde, konnte infolge des Nebels den gestrandeten Dampfer nicht gleich finden. Erst nach geraumer Zeit gelang es, die Mehrzahl der Passagiere an Land zu bringen. Die Mannschaft ist an Bord geblieben.

Explosion einer geheimen Schnapsbrennerei.

◆ **Reading** (Pennsylvanien), 17. Febr. In einem dreistöckigen Haus explodierte eine geheime Schnapsbrennerei mit solcher Gewalt, daß das Gebäude, das einen halben Häuserblock einnimmt, völlig zerstört wurde. Zwei Personen sind getötet und sieben verletzt worden.

Kohlenvertrieb „Glückauf"
Terörde & Co. KOM. GES. Bocholt
Fernruf 2720 · Eigener Eisenbahnanschluß
Kohlen. Koks. Briketts

Aus der Heimat.

Schneegestöber.

* **Bocholt**, 18. Februar. Nachdem in den verflossenen Wochen, überhaupt in den Hochwintermonaten, eine warme Rivierasonne über Bocholt und Umgebung und mancherlei Begebenheiten darin lachte, nebenher hier und da vorwitzige Veilchen sprießen ließ und Maikäfer und andere Käfer auf die Erde lockte, scheint es jetzt „etwas Winter" werden zu wollen. In der Nacht zum Sonntag fiel das Barometer und die Stadt glitzerte im schönsten Winterreif. Ganz verstohlen, als schämten sie sich ihrer spärlichen Zahl, suchten im nächtlichen Dunkel Schneeflocken einen Landeplatz. Am Sonntag aber löste die Sonne in wenigen Augenblicken die ganze Geschichte in Wohlgefallen auf, die Wetterpropheten schnupperten mit der Nase in der Luft und kündigten noch mehr Schnee an. Gegen Abend fegte ein Pudverschnee übers Land, bald gab es weiche Flocken und wenn man sich nicht eilig auf und davon machte, konnte man zum Wasserschneemann oder zur Puderquaste für den Sonntagskarnevalsball kostümiert werden. Wie immer bei solchen Gelegenheiten blieb in der Stadt von dem ganzen Schneegestöber nur eine dreckige „Patsche" übrig, die am besten mit Russenstiefeln und Gaytees zertreten wird. Aber vor den Toren der Stadt war die schönste Winterlandschaft gemalt: die Bäume wie mit Zucker überzogen, die Felder blütenweiß, am kleinen Abhang rodelten Kinder, kurz, es war schön, wie im richtigen Winter!

Zentrumspartei des Amtsbezirks Liedern-Werth.

Ein Protest gegen die bolschewistische Christenverfolgung.

w. **Bocholt**, 18. Februar. Im Arbeiterheim St. Paulus hielt die Zentrumspartei des Amtsbezirks Liedern-Werth am Sonntag nachmittag einen Schulungs-Kursus ab. Der Vorsitzende, Herr Pfarrer Heling (Werth) eröffnete die Versammlung und begrüßte die Ehrengäste, unter denen sich Frau Abg. Sanitätsrat Drieben, Herr Landtagsabg. Jakob, Herr Studienrat Sommer und Herr Parteisekretär van Dillen befanden. Dann erteilte er Herrn Jakob das Wort. Der Redner beschäftigte sich vor allem mit den Vorgängen im Preußischen Landtag während der letzten Wochen. Zunächst behandelte er den Entwurf eines neuen Landwirtschaftskammergesetzes. Hier wolle man vor allen Dingen eine Hinzuziehung der Arbeitnehmer in die Landwirtschaftskammern erwirken. Nach § 165 der Reichsverfassung müßten diese Kammern paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt werden. Gegen eine solche Neuordnung beständen allerdings schwere Bedenken und es sei zweifelhaft, ob sich eine Mehrheit für die Schaffung des neuen Landwirtschaftskammergesetzes im Preußischen Landtag finde. Vor allem seien die Schwierigkeiten deshalb groß, weil das Reich noch keine Stellung zu dieser Angelegenheit genommen habe. In dem Gesetzentwurf seien u. a. folgende Punkte vorgesehen: Die Landwirtschaftskammern sollen von sich aus Sachverständige ernennen können. Die Behörden werden verpflichtet, den Kammern jede mögliche Hilfe zu leisten. Hierin liege indessen eine Gefahr der Einschränkung der Selbstverwaltung der Kammern. Denn wenn die Behörden zur Unterstützung verpflichtet würden, wollten sie sich auch selbstverständlich Einfluß sichern. So könnten an den Sitzungen der L. K. Regierungsvertreter teilnehmen; alle Eingaben einer L. K. müßten durch die Hand des Oberpräsidenten laufen. Beitrags- und Kassenfragen, Anstellung von Beamten müßten vom Minister genehmigt werden. Mithin erwachse der Regierung ein weitgehendes Aufsichtsrecht über die L. K. Hinsichtlich der Zusammensetzung der L. K. tauchten nach Ansicht des Referenten ebenfalls große Schwierigkeiten auf. Der in Frage kommende Ausschuß des Landtages wolle ¾ der L. K. aus Arbeitgebern und ¼ aus Arbeitnehmern haben. Die Ansicht des Reichsrates sei, daß die Mitglieder der Kammern zu ⅔ aus Arbeitgebern und zu ⅓ aus Arbeitnehmern bestehen sollten. Die Wahl dieser Mitglieder sei auch umstritten. Söhne und Töchter der Arbeitgeber sollten die Arbeitnehmerliste wählen, weil die Arbeitgeber auf dem Standpunkt ständen, ihre Kinder seien zu den Arbeitnehmern zu rechnen, weil für sie ja auch Invaliden- und Krankengeld gezahlt werden müsse. Zu bedenken sei aber, daß dann diese Arbeitgebernachkommen Einfluß auf die Kandidatenaufstellung der Arbeitnehmer gewännen. Hinzu komme, daß die Kammern auch Fachlehrer und Betriebsbeamte angliedern dürften, so daß in beiden Fällen das Arbeitgeberelement bedeutend an Einfluß bei der Wahl gewinne. Wenn es nicht gelinge, in Preußen die vollkommen paritätische Zusammensetzung der L. K. zu erreichen, dann werde die ganze Vorlage vertagt und man müsse warten, bis das Reich ein Rahmengesetz zur Bildung der neuen Kammern erlasse. Man könne sagen, daß die Wahlen überhaupt nicht notwendig seien, weil die verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen ja einfach ihre Kandidaten in die Kammern delegieren könnten. Doch sage hiervon das Gesetz nichts und dagegen beständen auch starke Gegensätze. In der ersten Lesung des Gesetzentwurfs habe das Zentrum noch keine Stellung genommen, wohl habe man sich in der Fraktion eingehend damit befaßt. Vielfach herrsche auch die Ansicht, daß es besser sei, die Landwirtschaft vorerst in Ruhe zu lassen und die Maßnahmen des Reiches abzuwarten. Im Westen sei der ganze Fragenkomplex auch nicht so aktuell wie im Osten Deutschlands.

Dann sprach Herr Jakob über die Erweiterung der Regierung, die Regierungskoalition u. die Besetzung des Kultusministeriums. Da der neue preußische Kultusminister Dr. Grimme einfach vom Ministerpräsidenten bestimmt worden sei, so lägen gegen letzteren drei Mißtrauensanträge vor. Jedenfalls bilde die Ernennung eines sozialdemokratischen Kultusministers eine schwere Belastung für die Katholiken Preußens. Es sei eine große Gefahr, daß die S. P. D. in Preußen den Ministerpräsidenten, den Innenminister und nun auch noch den Kultusminister stelle. Denn die Sozialdemokraten beherrschten damit den gesamten Verwaltungs- und Beamtenapparat bis ins kleinste Dorf. Die Absetzung des Kultusministers Dr. Becker sei ein Unding gewesen, weil er ein tüchtiger Mensch sei und nur den einen Fehler habe, kein ausgesprochener Parteimann zu sein. An seine Stelle sei einfach schematisch ein Parteimitglied gesetzt worden.

Zum Schlusse seiner Ausführungen behandelte Referent kurz die Etatssorgen Preußens. Bisher sei es möglich gewesen, Defizite aus früheren Ueberschüssen zu decken, jetzt seien aber 80 Millionen Fehlbetrag vorhanden, für den es einstweilen keine Deckung gebe. Allerdings dürften keine Gelder aus Hauszinssteuermitteln dazu verwendet werden. Alle Parteien seien sich darin einig, daß die Hauszinssteuermittel nur noch an das Wohlfahrtsministerium abzuführen seien zum Zwecke des Wohnungsbaues. Ein dringender Fehlbedarf von 300 000 Wohnungen sei in Preußen heute noch vorhanden. Eigentümlich berühre es, daß in der jetzigen schweren Notzeit die Beamtenverbände wieder mit neuen Besoldungswünschen an das Parlament heranträten. Die Sozialdemokratie trete allerdings für Erfüllung dieser Wünsche ein, weil sie die Partei mit dem stärksten Beamtenelement geworden sei. Eine Erhöhung der Beamtengehälter, die etwa 35—40 Millionen Mark an Mehraufwand bedinge, sei vorab unmöglich. Die Beamten könnten sich Sympathien erwerben, wenn sie statt dessen freiwillig an der Aufbringung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung teilnähmen.

Nach diesen mit großem Beifall aufgenommenen Darlegungen schloß der Vorsitzende die **Absendung eines Protestes an das Auswärtige Amt und an die Sowjet-Botschaft in Berlin gegen die Christenverfolgungen in Rußland** vor. Pfarrer Heling erinnerte an den gleichen Vorgang in der Zentrumsversammlung am vorletzten Sonntag in Werth. Ein solcher Protest sei nicht wertlos und wenn er auch nur aus kleinen Orten oder Versammlungen komme. Aber das Beispiel wecke Nachahmung und dann könne sich die Zentrumspartei des Amtes Liedern-Werth das Verdienst zuschreiben, zu einer machtvollen Kundgebung weiterer und größerer Kreise den Anstoß gegeben zu haben. Der Antrag des Vorsitzenden wurde dann auch mit Begeisterung angenommen; der Wortlaut der Protestentschließung heißt: „Katholische Männer aus den Gemeinden des Amtsbezirks Liedern-Werth bei Bocholt i. W. versammelt, protestieren gegen die Gewalttätigkeiten, die seit Jahren gegen christliches Denken, Handeln und Sitte in Rußland verübt werden. In den letzten Monaten hat der Vernichtungswille der bolschewistischen Machthaber gegen die christliche Religion derart zugenommen, daß ihnen nichts mehr unantastbar erscheint. Kirchliche Feiertage sind abgeschafft, die Gotteshäuser geschlossen bezw. dem Erdboden gleich gemacht. Erschießungen von Priestern und Laien sind an der Tagesordnung. Wir fordern, daß dem Vernichtungskampf in Rußland gegen das Christentum ein Ende gemacht wird und jedem die Möglichkeit gegeben wird, seine religiöse Ueberzeugung ungestört auszuüben."

Gedanken zur Berufswahl.

fs. **Bocholt**, 18. Februar. Die Frage des jungen Menschen nach seinem Beruf ist in mehrfacher Hinsicht brennend geworden. In einer früheren Zeit waren einmal die Möglichkeiten des Unterkommens überhaupt größer, dann aber (wird wenigstens gesagt) war es dem Einzelnen leichter, den Beruf zu wählen, der ihm lag. Die Arbeit entsprach dem Beruf und wirkte darum befriedigend, die Persönlichkeit gestaltend. Was an Unlust und Mißerfolg immerhin verblieb, wurde aus religiösen Motiven heraus leicht überwunden. Heute hat sich das geändert. Die wachsende Arbeitsteilung hat die Arbeiten spezialisiert, monotonisiert. Diese, aus der Spezialisierung aber notwendig folgende Einseitigkeit der Arbeit führt leichter zum Ueberdruß; es fehlt die Zusammenschau des Einzelgusses mit dem ganzen Produktionsprozeß, es fehlt die (und diese vor allem!) lebendige Religion, die jene Unlust (die irgendwie aller Arbeit wenigstens zuweilen eignet) überwinden kann. — Vom religiösen Standpunkt wäre zunächst zu sagen, daß die Arbeit Erfüllung des Gottes-Rufes (Berufes) ist. „Unterwerfet Euch die Erde und beherrscht sie". Diese von der Hl. Schrift verlangte Erdbeherrschung geschieht durch Kopfarbeit und Handarbeit. Darum ist überall da, wo auf sittlicher Basis gearbeitet wird, Erfüllung des Berufes. Daß unter Umständen die Arbeit eintönig ist und unbefriedigend — ist nicht Entwertung des Berufes, sondern sein mit Schwierigkeiten verbundener Vollzug. Diese Schwierigkeiten müssen erkannt werden als (wenn auch graduell verschieden) in keinem Berufe fehlend; 1. sie müssen religiös („Unterwerfet Euch die Erde") überwunden werden; 2. sie müssen durch tüchtige fortschreitende Ausbildung verringert, schließlich dadurch an Lästigkeit verlieren, daß Wege zum Sinnzusammenhang der Einzelarbeit mit dem Ganzen gefunden werden. — Das Wort von der „Neigung", die einer zu einem Berufe habe, ist oft verhängnisvoll für eine wahre Auffassung des echten Berufes. Nicht Neigung, sondern Befähigung ist maßgebend. Drei Dinge kann man als Beruf wesentlich charakterisierend aufweisen: 1. die Befähigung (die keineswegs immer so einseitig ist, wie gemeint wird, es gibt z. B. Leute, die wider ihren Willen Aerzte wurden und Hervorragendes leisteten!); 2. die innere Willensrichtung als Katholik zu straffen (im Einklang mit den Geboten Gottes, der Kirche, des Standes); 3. das Unterkommen in einer bestimmten Tätigkeit (ohne Anstellung hat einer keinen Beruf!). Abzulehnen ist die Erwartung, die sich an psychotechnische Berufsberatung knüpft; jedenfalls bedeutet, was sie sagt, noch nicht „Beruf" dazu. Angestellt aber, an eine Stelle berufen, heißt es: sich mit voller Kraft im Berufe einsetzen, sich an die Sache hingeben und so den Menschen dienen und durch diesen Dienst an der Gemeinschaft: Gottes Willen, Gottes Berufung vollziehen (wahrer Gottesdienst!) Das literarische Gerede über die Maschine darf nicht ohne Kritik hingenommen werden und zur Lähmung führen. Ohne die Maschinen wäre unsere Existenz nicht mehr möglich, wir fielen bald in den Urwald zurück. Maschinenarbeit wird allerdings unwürdig, wenn die Maschine es ist, die die Arbeit allein bestimmt, wenn die Arbeit rein mechanisch ohne Kenntnis der Maschine, an der sie geschieht, vollzogen wird. Der geweckte Mensch wird aber oft viel mehr Inhalt und Freude an der Maschine finden, als außenstehende Philosophen (zumal im Dienst einer aufhetzenden Partei!). Es ist gesagt worden, die Arbeit sei eine Folge der Sünde. Diese Behauptung ist falsch. — Neben der Wichtigkeit wirklichen Schaffens und Weiterschreitens im Beruf, ist die energische Mitarbeit in der Berufsorganisation eine Forderung der Zeit an den jungen Katholiken.

Was ein Dachreiter erzählt.

w. **Bocholt**, 18. Februar. Am Samstag begann man mit der Reparatur des ehemaligen Glockentürmchens, bautechnisch Dachreiter genannt, auf der Liebfrauenkirche. Dabei stellte sich heraus, daß das Kreuz, welches auf diesem Dachreiter stand, durch den Zahn der Zeit sehr baufällig geworden war. Das Kreuz wurde entfernt und wird ersetzt werden; der Turmhahn ist noch gut erhalten und wird wieder aufgestellt. Dachreiter, Kreuz und Hahn sind 140 Jahre alt. Im Jahre 1790 wurde der Dachreiter auf der Kirche, dem damaligen Minoritenkloster, aufgebaut. Ein Klosterbruder, Fr. Christophorus Kolcks, von Beruf Schreiner, errichtete den Dachreiter und stellte den von ihm selbst vergoldeten Turmhahn auf die Spitze des Türmchens.

Verkehrsunfall.

p. **Bocholt**, 18. Februar. Am Samstag gegen 19 Uhr stieß beim Einbiegen in die Kaiser-Friedrichstraße ein Personenkraftwagen mit einem Bäckerfuhrwerk zusammen. Das Bäckerfuhrwerk wollte die Kreuzung Westend-Dingpertor-Kaiser-Friedrichstraße überqueren. Im gleichen Augenblick kam aus Richtung Dingperto ein Personenkraftwagen und fuhr dem Bäckerwagen in das linke Hinterrad. Dabei kam die Führerwerkslenkerin zu Fall und wurde leicht verletzt.

Gewerbeertragssteuererklärung 1930.

* **Bocholt**, 18. Februar. Auf die Bekanntmachung des Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses betr. Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung nach dem Gewerbeertrage für das Steuerjahr 1930 wird auch an dieser Stelle besonders hingewiesen.

Kath. Deutscher Frauenbund, Zweigstelle Bocholt.

* **Bocholt**, 18. Februar. Morgen nachmittag 3 Uhr findet im Saale des Vereinshauses St. Paulus eine Mitglieder-Versammlung mit gemeinschaftlichem Kaffee statt. Vortrag von Fräulein Konrektorin Heinen, Barmen. Außerdem werden Theateraufführungen und sonstige angenehme Ueberraschungen geboten.

Kath. Gesellenverein.

* **Bocholt**, 18. Februar. Der politische Kursus des Gesellenvereins hält heute abend 8,30 Uhr eine Sitzung ab. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Kreuzbund.

* **Bocholt**, 18. Februar. Der für heute geplante Lichtbildervortrag muß auf nächste Woche Donnerstag verschoben werden; nähere Mitteilung ergeht noch.



Jünglings-Sodalität St. Josef.

s. **Bocholt**, 18. Februar. Am Donnerstag, den 20. Februar, ist außerordentliche Versammlung der Sodalen von Mussum und Biemenhorst. Unser Freund und Landjugendführer Lehrer Alois Seyock von der Verbandszentrale Düsseldorf löst sein Versprechen vom vorigen Herbst ein und kommt noch einmal zu uns. Auch die Eltern sind zu diesem Abend, der wie gewöhnlich punkt 7 Uhr in der „Mussumer Mühle" beginnt, herzlich eingeladen. Platzmangel gibt es dieses Mal nicht, wir haben uns den großen Saal gesichert, der freundlich aufgemacht und wohl durchwärmt sein wird. Von unserem Wollen, unseren Aufgaben, unserem Ziel werden wir sprechen, auch unsere Eltern wollen wir für unsere Landjugend-Bewegung erwärmen.

Evangelische Kirchengemeinde.

* **Bocholt**, 18. Februar. Der Vortrag über die Augsburgische Konfession heute Dienstag abend fällt aus.

Quartett-Verein Bocholt.

* **Bocholt**, 18. Februar. Der Quartett-Verein veranstaltet am Samstag, den 22. Februar, im Bürgertrug sein diesjähriges Preis-Maskenfest, zu dem die aktiven und unterstützenden Mitglieder herzlichst eingeladen werden; Anfang 7,11 Uhr. Die vier schönsten und originellsten Masken werden um 11,11 Uhr prämiiert. Einführungskarten sind bei den aktiven Mitgliedern zu haben.

In den nächsten Tagen

ziehen die Briefträger die Bezugsgelder für den Monat März ein. Wir bitten die Bezieher auf dem Lande, gleich beim ersten Vorzeigen der Quittung den Betrag zu bezahlen, damit in der Zustellung der Zeitung keine Unterbrechung eintritt. Später nehmen nur die Postanstalt und unsere Geschäftsstellen Bestellungen entgegen.

Bocholter Volksblatt.

Vom Niederrhein.

— d. **Isselburg**, 18. Februar. **Arbeitsmangel.** Infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage sind auf der hiesigen Isselburger Hütte wieder 70 Mann entlassen worden. Für weitere 47 Mann läuft das Arbeitsverhältnis am 25. dieses Monats ab.

— **Emmerich**, 18. Februar. **Verkehrsfragen.** Der Vorstand des hiesigen Verkehrsvereins beschäftigte sich mit einer Reihe einschlägiger Verkehrsfragen. Der Vorsitzende teilte mit, daß er bezüglich des Verkehrs nach Essen sich mit dem R. W. E. in Verbindung gesetzt und angeregt habe, die Elektrische hinter Hüthum parallel mit den Bahngeleisen zu führen, da die Reichsbahn zu einer Gleiskreuzung doch wohl nie ihre Zustimmung geben würde. Der Bürgermeister erklärte dazu, daß die Weiterführung der Elektrischen ausgeschlossen sei (wohl wegen des kostspieligen Dammbaues); auch eine Vermehrung der Autobusfahrten sei nicht zu erwarten, da dadurch der Betrieb noch unrentabler würde. Die einzige Möglichkeit sei ein gleisloser elektrischer Wagenverkehr, der auch angestrebt wird. Im Zusammenhang hiermit teilte der Bürgermeister mit, daß der Kauf des Kurhauses auf dem Eltenberg durch den Kreis wohl zustande käme, falls die Stadtverordneten den Zuschuß von 2000 Mk. bewilligten; außer diesem einmaligen werde voraussichtlich ein jährlicher Zuschuß von 3—400 Mk. in Frage kommen. Das Kurhaus selbst werde vom Konsortium gut instand gesetzt und mit modernen Möbeln ausgestattet, der Pächter brauche bloß das sogen. kleine Inventar (Geschirr usw.) zu stellen. Für die Entwicklung des Verkehrs bedeutungsvolle Vorschläge machte Berufsschuldirektor Kühn: Die Stadt Arnheim beabsichtigt, in diesem Jahre eine groß angelegte Verkehrswerbung in die Wege zu leiten, um die Bevölkerung des Industriegebietes heranzuziehen. Im Verein mit diesen Bestrebungen muß auch der deutsche Niederrhein durch Schaffung günstiger Verkehrsbedingungen einen Ausflug oder ein Wochenende in hiesiger Gegend verlockend gestalten. Auch eine Fahrplanänderung der Niederländischen Dampfschiff-Reederei würde für den gesamten Niederrhein günstige Ausflugsmöglichkeiten schaffen. Nach dem alten Fahrplan verläßt das auf der Linie Mannheim — Rotterdam verkehrende Boot an Werktagen schon früh das Ruhrgebiet, ab Duisburg 12,20 Uhr, ab Hamborn 13,20 Uhr und trifft 17,10 Uhr in Emmerich ein, um dann noch bis Nymegen bezw. bis Arnheim zu fahren. Dort tritt es am anderen Morgen die Weiterfahrt nach Rotterdam um 8 Uhr an. Wenn die Abfahrtszeiten dieses Dampfers von Duisburg rheinabwärts später gelegt würden, etwa 14 oder 15 Uhr ab Duisburg, könnte die Bevölkerung diese Verbindung besser benutzen. Da das Boot dann später in Emmerich eintrifft, könnte die Weiterfahrt am anderen Tage gegen 8 Uhr hier (statt in Arnheim) angetreten werden. Damit wäre Gelegenheit geboten, an Nymegen — Dordrecht vorbei eine Fahrt bis Rotterdam auszuführen und abends noch rechtzeitig zurückzukehren. Bei der vorgeschlagenen „Rheinmündungsfahrt" besteht eine günstige Eisenbahnverbindung Rotterdam — Emmerich — Ruhrgebiet. Das Schiff trifft 14—15 Uhr in Rotterdam ein, wo die Rückfahrt 19,53 Uhr angetreten werden muß. Der D-Zug ist 22,08 in Emmerich und gegen 24 Uhr in Duisburg. Für Besucher Nymegens besteht eine günstige Rückkehrmöglichkeit mit dem Schiff, da der bergwärts fahrende Dampfer um 15,30 Uhr Nymegen verläßt und 17,20 Uhr in Emmerich eintrifft. Da das Schiff Sonntags bis 20 Uhr in Emmerich bleibt, könnte an diesem Tage die Abfahrt ab Nymegen noch später gelegt werden.

— **Cleve**, 18. Februar. **Ein „tüchtiger" Kaufmann.** Der Kaufmann Willeke, früher in Bonn wohnhaft, hatte in den im hiesigen Gebiet erscheinenden Zeitungen Anzeigen aufgegeben, in denen er stellenlosen Kaufleuten Einstellung unter günstigen Bedingungen zusagte und sie aufforderte, entsprechende Gesuche einzureichen. Einige Personen bewarben sich um diese Stellen und erhielten nach kurzer Zeit einen Nachnahmebrief, den die Ahnungslosen einlösten, da sie ja nicht wußten, was darin stand. Der Brief enthielt ihr Stellengesuch und ein Schreiben, in dem ihr Gesuch in Form und Inhalt kritisiert wurde. Ferner lag eine Quittung für den durch Nachnahme erhobenen Betrag bei. Das Clever Schöffengericht verurteilte den „tüchtigen" Kaufmann wegen Betrugs im Rückfalle in zwei Fällen zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 10 Monaten.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Für Politik Chefredakteur Dr. Marx; für Lokales Josef Hom; für Westdeutschland Fr. Schuhmacher; für Handel und Sport Dr. jur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münster and Bernhard Kugler, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Hüsgen, Berlin-Lichterfelde. Verlag: L. A. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Josef Wello. Verantwortlich für den örtlichen Anzeigenteil Heinz Düser, Bocholt. Druck: „Germania" G. m. b. H., Münster i. W.


Ihr Geld ist sicher angelegt,
wenn Sie es regelmässig Ihrem Sparkonto zuführen!
Spargelder nehmen wir zu günstigen Zinssätzen an und bieten Sicherheit für alle Einlagen. f10612
Gewerbebank Bocholt


Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, gestern Nacht 12½ Uhr meinen lieben Mann, unseren guten Vater, Schwiegervater und Großvater, den (1219

Schneidermeister

Herrn Wilhelm Schlotbohm

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Er starb plötzlich und unerwartet, wohlvorbereitet durch einen christlich-frommen Lebenswandel und versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im 68. Lebensjahre, sanft und gottergeben.

Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Bocholt, St. Micheel (Brasilien), Wesel, Krefeld und Düsseldorf, den 17. Februar 1930.

Das hl. Seelenamt findet statt am Donnerstag morgen 8½ Uhr in der St. Georgius-Pfarrkirche, danach die Beerdigung vom Sterbehause, Südmauer 32, aus, wozu freundl. eingeladen wird.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, bitten wir, diese als solche betrachten zu wollen.

Psalm 27, 13.
Ich glaube aber doch, daß ich sehen werde das Gute des Herrn im Lande der Lebendigen.

Sonntag mittag 1½ Uhr entschlief nach längerer, schwerer Krankheit, mein innigstgeliebter Mann, meines Kindes treusorgender Vater, unser guter Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der (1217

Schneidermeister

Peter Preyers

Er starb nach Empfang des hl. Abendmahles, im 6. Jahre einer überaus glücklichen Ehe, im Alter von 33½ Jahren.

In tiefer Trauer:
Frau Peter Preyers
Paula geb. Fritzsche
Irmgard Preyers
und die übrigen Anverwandten.

Bocholt, Duisburg, Essen und Holland, Weberstraße 15 den 16. Februar 1930.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag mittag 3 Uhr vom St. Agnes-Hospital aus, wozu freundlichst eingeladen wird.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, gestern abend 9¾ Uhr unsere liebe, treusorgende Mutter, Schwester und Tante

Witwe Wilhelm Lehmbrock

Josefine geb. Schmeink

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Sie starb nach langer, geduldig ertragener Krankheit, wohlvorbereitet durch einen christlich-frommen und arbeitsamen Lebenswandel, mehrmals versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 69 Jahren.

Wir bitten, der Seele der lieben Verstorbenen recht oft im Gebete zu gedenken. (1220

Altrhede, Velsen u. Raesfeld, den 16. Febr. 1930.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet statt in Rhede am Mittwoch, den 19. Februar 1930, morgens 9 Uhr, danach das feierliche Seelenamt in der Pfarrkirche daselbst, wozu hiermit freundl. eingeladen wird.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, bitten wir, diese als solche betrachten zu wollen.

Bekanntmachung

Die Stadthauptkasse ist vom 20.—22. Februar wegen dringender Abschlußarbeiten geschlossen.

1210) **Der Oberbürgermeister.**

Bekanntmachung

Am Mittwoch, den 19. Februar 1930, nachmittags 2,30 Uhr, werden auf dem Güterschuppen des Zollamtes (920

Kaffee, Schokolade,

drei gebrauchte Fahrräder und anderes

an den Meistbietenden gegen Barzahlung öffentlich versteigert.

Bocholt, den 4. Februar 1930.

Das Zollamt Bocholt.

1. Hypotheken,

unkündbar, von Mk. 10000.— an aufwärts, zu günstigen Bedingungen zu vergeben.

Wo? ist zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl. (940

Mädchen

welches sämtl. landwirtschaftl. Arbeiten versteht, zum 1. Mai gesucht. Schweizer vorhanden. 223

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Junges Mädchen, welches bereits in Stellung war, sucht

Stellung

in besserem Haushalt.

Offerten erbeten unt. Nr. 237 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Mädchen, 17 Jahre alt, sucht sofort

Stellung

Näheres zu erfr. bei J. Heinrichs, Rhede.

Gratis!

ein feines Kaliklora-Mundspülglas

beim Einkauf einer grossen Tube Kaliklora-Zahnpasta zu M 1.- Nutzen Sie die Gelegenheit, Sie werden sich ebenso über die Güte der Kaliklora-Zahnpasta freuen, wie über das Gratis-Glas

---

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, gestern Abend 11 Uhr meinen innigstgeliebten Mann, unseren herzensguten lieben Vater, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel

Dr. med. Franz Wehninck

zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Er starb nach längerer schwerer Krankheit, öfters versehen mit den Gnadenmitteln der hl. kath. Kirche, im Alter von 56 Jahren, nach einem arbeitsreichen und opferfreudigen Leben im Dienste der Kranken.

Um ein stilles Gebet für den lieben Verstorbenen bitten (1209

die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Dr. Wehninck geb. Gabel
Heinr. Wehninck, stud. med.
Franz Wehninck
Elisabeth Wehninck

Vorst, München, Barlo, Bonn, Südlohn, Wesel, Lübeck,
den 15. Februar 1930.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Febr., morgens 9 Uhr, vom Trauerhause aus statt; gleich darauf ist das feierliche Seelenamt in der Pfarrkirche zu Vorst.

Samstag nacht verschied nach kurzer schwerer Krankheit, der

Weber

Herr Heinrich Seggewiss

Während seiner Tätigkeit in unserer Firma hat sich der Verstorbene das Vertrauen und die Achtung der Firma und seiner Mitarbeiter erworben. (1228

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Bocholt, den 17. Februar 1930.

Westf. Baumwollweberei
m. b. H.
deren Angestellte u. Arbeiter

Sattler- u. Polsterer-Zwangsinnung des Kreises Borken und der Stadt Bocholt
Sitz Borken.

Nachruf

Am 15. Februar starb das Ehrenmitglied unserer Innung, der

Polsterer und Dekorateur

Franz Thiel

Er war uns stets ein lieber Kollege, dessen Andenken wir immer in Ehren halten werden. (1216

Die Kollegen werden gebeten, sich an der Beerdigung in Velen am Mittwoch, den 19. Februar, morgens 9¼ Uhr, recht zahlreich zu beteiligen.

Der Vorstand:
Focke, Obermeister.

---

†

Das Sechswochen-Seelenamt
für den verstorbenen

Dr. med. Edelbrock

findet statt am Mittwoch morgen ¼ vor 8 Uhr in der St. Georgiuskirche. (1212

---

†

Das Jahres-Seelenamt
für die

Eheleute Josef Hülskamp

findet statt am Mittwoch morgen ½9 Uhr in der St. Georgiuskirche, wozu freundl. eingeladen wird.

---

5 Zimmerwohnung gesucht.

Angebote u. 100 an die Geschäftsstelle.

Evangelisch. Verein Bocholt e. V.

Nach kurzer Krankheit verschied gestern vormittag unser liebes, treues Mitglied (1229

Herr Peter Preyers

Wir stehen trauernd an der Bahre unseres treuen Mitgliedes und ist ihm ein ehrendes Andenken bei uns gesichert.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag nachmittag 3 Uhr vom St. Agnes-Hospital aus. Wir bitten alle Mitglieder, sich daran zu beteiligen.

Der Vorstand.

Nachruf

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, unsere Mitglieder von dem Tode unseres Mitgliedes, des

Schneidermeisters

Peter Preyers

in Kenntnis zu setzen. Er starb im Alter von 33 Jahren. Uns allen war er ein liebes Innungsmitglied, dessen Andenken bei uns in Ehren gehalten wird. (1227

Die Beerdigung ist am Donnerstag, den 20. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom St. Agnes-Hospital aus.

Die Mitglieder werden gebeten, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Schneiderzwangsinnung Bocholt.
i. A.: **Der Obermeister.**

Gesang-Abtlg. des Evgl. Arbeiter-Vereins e. V.

Am Sonntag verschied unser lieber, aktiver Sangesbruder (1214

Peter Preyers

Seit mehreren Jahren gehörte er unserer Abteilung an und hat sich durch sein freundl. und zuvorkommendes Wesen die Freundschaft aller erworben. Wir werden ihn nicht vergessen. Es ist Ehrenpflicht aller Mitglieder, dem toten Sangesbruder das letzte Geleit zu geben. Antreten zusammen mit dem Arbeiter-Verein. (1214

Der Vorstand.

Kreiskrieger-verband Bocholt.

Das Mitglied der Kriegsbeschädigten-Vereinigung „Kyffhäuser", Kamerad

Peter Preyers

ist gestorben.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachm. 3 Uhr vom St. Agnes-Hospital aus statt.

Um rege Beteiligung sämtl. Verbandskameraden wird ersucht.

J. A.: Kruchen, 1. Vorsitzender.



Quartett-Verein Bocholt e. V.

Unser

Preis-Masken-Fest

findet am **Samstag, den 22. Februar** im „Bürgerkrug" statt. — Beginn: 7,11 Uhr.

Die Mitglieder werden hierzu herzlichst eingeladen. Einführungskarten sind bei den aktiven Mitgliedern zu haben. (1211

Die vier besten Charaktermasken erhalten Preise. — Preisverteilung: 11,11 Uhr.

DER VORSTAND.

Konsum-Genossenschaft

„Eintracht"

e. G. m. b. H., Bocholt.

Abgabestellen: Karolingerstr., Mühlenweg und Jägerstr.

Am Mittwoch, den 26. Februar, nachmittags 3 Uhr,

Frauenversammlung mit Kaffeekränzchen und Gratisverlosung

im Arbeitervereinshaus St. Josef (Hohenzollernstraße)

für die Mitgliederfrauen obiger drei Abgabestellen!

Teilnehmerkarten à 50 Pfg. in den Abgabestellen bis Montag, den 24. ds. Mts., abends. Kaffeetassen mitbringen.

Wir bitten unsere Mitgliederfrauen sich sämtlich an dieser Veranstaltung zu beteiligen.

Der Vorstand.

Capitol-Theater

Dienstag -:- Mittwoch -:- Donnerstag
Aufführung des neuesten Ufa-Großfilms
mit BETTY AMAN und HEINRICH GEORGE in:

BETTY AMANN



Der Sträfling aus Stambul

(DIE ZWEI FRAUEN DES THOMAS ZEZI)

(Die zwei Frauen des Thomas Zezi)
Die großartige Verfilmung des Romans von **Fedor von Zobeltitz:** Das Fräulein und der Levantiner, in **8 Akten.** Das Schicksal eines Gestrauchelten, der nach Abbüßen seiner Strafe den ehrlichen Willen hatte, ein neues Leben zu beginnen, aber an der Niedertracht seiner Umgebung und an der Verständnislosigkeit der menschlichen Gesellschaft von neuem scheiterte. Es ist ein zum Herzen sprechender, menschlich ergreifender Film von erschütternder Wirkung. In der weiteren Besetzung:
Paul Hörbinger, Willy Forst, Trude Hesterberg, Lotte Loring, Frieda Richard, Paul Rekopf, Leo Peukert u. a. m.

Zweiter Großfilm der Ufa:



Schwester Maria

Der Lebensroman einer Klosterschülerin. Das Schicksal eines jungen Menschenkindes in **7 Akten.** In der Haupt- und Titelrolle: **IRIS ARLAN,** die in geradezu ergreifender Weise dieses Lebensschicksal zu gestalten vermochte. IRIS ARLAN wird sich mit dieser Rolle in die Herzen des deutschen Publikums hineinspielen, ihre „Maria" wird unvergeßlich bleiben. — Hauptdarsteller:
Iris Arlan, Werner Pittchau, Gisella Barthory.

Außerdem das zweiaktige Lustspiel:
Nur wer die Arbeit kennt . . .
und den Lehrfilm:
Das indische Burgenland. (1213

Bocholter Stadtverband für Leibesübungen

Mittwoch, den 19. Februar, abends 8 Uhr:

Vorstands- und Vertretersitzung

Bei Arterienverkalkung

Gicht, Rheumatismus sichere Hilfe durch den vieltausendfach erprobten **„Bremer Schlüssel-Tee"** (ll perag. der in seiner unerreichten Wirkung noch nie versagt hat. — Nur in Original-Packung zu RM. 1.80. — Verlangen Sie Gratisprobe und Druckschrift. Nur zu haben k1154

Drogerie Maas, Osterstr. 22. Ruf 3328

Achtung!

Mittwoch morgen von 8 Uhr an verkaufe ich ab meinen Stallungen in Dingden eine Partie

Ia. junge Schweine

zu den äußersten Preisen. 1222

Friedr. Buers,
Dingden.

Am Sonntag abend im Schützenhaus oder auf dem Wege vom Schützenhaus, Neustr., Nordstr., Rebenstraße, Pollstiege, Nordwall, ein Schlüsselbund mit drei klein. Schlüsseln und einem wertvollen Ring (Andenken)

verloren.

Der ehrliche Finder erhält hohe Belohnung. — Abzugeben: **Langenbergstraße 7.**

Kaufe sofort jeden Posten (1208

Pflanzschalotten

Samenhaus Behnen.

Ein deckf. rotbunter

Stier

mit Nachwuchs- u. Milchleistung,

zu verkaufen.

A. Sauret, Behlingen, Gut Königshof.

Anzeigenpreis für den 1spaltige Millimeter: 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg., Familienanzeigen 7,7 Pfg., Kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche Anzeigen, parteipolitische Anzeigen 10 Pfg.
Bezugspreis: 2,55 Reichsmark, Einzelpreis 10 Pfg.